3. Ausnutzung Westdeutschlands für die aggressiven Ziele des amerikanisch-englischen Blockes, was nichts anderes bedeutet als die Einbeziehung Westdeutschlands in die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges . . .

Im Hinblick auf die Besonderheiten der Situation, in der der Generalvertrag geschlossen wurde, versuchte man den Zweck des Vertrages durch Erklärungen über „Verteidigung“, „Gleichberechtigung Deutschlands“ und „Gemeinschaft europäischer Völker“ zu verschleiern. Der Schleier war aber allzu durchsichtig. Schon in der Präambel, die feststellt, daß „Mitteleuropa immer der große Kreuzweg und das Feld heldenhafter und mörderischer Schlachten der freien Völker gewesen sei“, und damit dem deutschen Volk das ihm von den Urheberern dieses Vertrages zugedachte Schicksal deutlich verkündet, wurde der wirkliche Charakter des Vertrages sichtbar. Deshalb ging Adenauer einen anderen, ihm sicherer erscheinenden Weg, um das deutsche Volk zu betrügen. Er versuchte, sowohl dem Volk wie dem Parlament den ganzen Schandvertrag zu verschweigen. Dieser Versuch wurde durch die Enthüllungen des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, auf der Pressekonferenz am 16. Januar 1952 zunichte gemacht. Diese Versuche zeigen, wie die Furcht vor dem Widerstand des Volkes die Imperialisten zwingt, zu verfassungswidrigen Praktiken überzugehen, um ihre Politik noch einige Zeit treiben zu können.

Diese Notwendigkeit, ihr ganzes verbrecherisches Vorhaben teils durch Lügen zu tarnen, teils unter Anwendung rechtswidriger Mittel durchzusetzen, wurde noch deutlicher, seit in Erfüllung des Generalvertrages die Wehrpflicht in Westdeutschland begründet werden soll. Einerseits versuchte Herr Blank in seiner Rundfunkrede vom 19. Januar 1952 den wiedererstehenden deutschen Militarismus dadurch zu verniedlichen, daß er ihn als „Verteidigungsbeitrag“ und als „Ausleistungspflicht“ und die Uniform als „praktische Arbeitskleidung, wie sie jeder Beruf kennt und die man am Feierabend ausziehen kann“, bezeichnete. Andererseits ist man bemüht, die Wehrpflicht unter Verletzung der Verfassung, unter Überspielung des verfassungsmäßigen Gesetzgebers und unter Vergewaltigung des Volkes durchzusetzen.

Hier zeigen sich typische Merkmale imperialistischer Staaten, auf die im folgenden noch näher einzusehen wird, ihre Tendenz zum Rechtsbruch, zur Beseitigung jeder Gesetzlichkeit. Es ist eine Folge der besonderen Bedingungen, unter denen der deutsche Imperialismus in Westdeutschland wiederersteht, daß er den Versuch der Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Militarismus angesichts der Stärke der anti-imperialistischen Kräfte von vornherein nur mit solchen Methoden unternehmen kann.

Dasselbe gilt aber auch im internationalen Rahmen. Die Kräfteverhältnisse in der Welt, der starke Wille der Völker — auch in den imperialistischen Ländern — nach Frieden zwangen die imperialistischen Siegermächte des 2. Weltkrieges in und unmittelbar nach dem Krieg Erklärungen abzugeben und völkerrechtlichen Abmachungen zuzustimmen, die diesem Willen der friedliebenden Menschen Rechnung trugen. Das fand seinen Ausdruck z. B. in der Atlantik-Charta, in der Satzung der UN, in den Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam.

Es ist kein Wunder, daß die Imperialisten heute, bei der offenen Verfolgung ihrer aggressiven Absichten, mit diesen ihren eigenen Erklärungen und den von ihnen übernommenen internationalen rechtlichen Verpflichtungen in Konflikt geraten. Auch hierfür ist der Generalvertrag ein Musterbeispiel. Alle Partner dieses Ver-

trages verletzen geltendes Völkerrecht, vor allem das Potsdamer Abkommen, das die Besetzung Deutschlands zeitlich begrenzt und an die sachliche Bedingung der Durchführung einer Entmilitarisierung knüpft, das einen Friedensvertrag mit Deutschland vorschreibt. Aber auch die Vorschriften der Haager Landkriegsordnung über die Behandlung besetzter Staaten, die Bestimmungen der Satzung der UN über das Verbot der Intervention, über die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, über das Verbot aggressiver Handlungen werden rücksichtslos mißachtet.

Es ist ein spezifischer rechtlicher Ausdruck der besonderen Bedingungen, unter denen heute der deutsche Imperialismus wiederersteht, daß jede seiner Lebensregungen im Widerspruch zum Völkerrecht steht, dieses verletzt. Das zeigt der Schumanplan, das zeigt der Generalvertrag, das zeigt das Wehrgesetz. Und es ist kein Zufall, daß die ideologischen Agenten des westdeutschen Imperialismus das auch offen bekunden, indem sie unter den unglaublichsten juristischen Seiltänzereien die Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens zu leugnen versuchen oder indem sie in Westberlin Versammlungen unter der Parole „Nie wieder Potsdam“ durchführen und sich damit offen als Nachfolger des Hitlerfaschismus und als Kriegshetzer erlarven.

So erweisen sich Schumanplan und Generalvertrag als eng miteinander verbundene rechtliche Ausdrucksformen der derzeitigen monopolkapitalistischen ökonomischen Struktur in Westdeutschland und ihrer durch die Überordnung des USA-Imperialismus bedingten Besonderheiten. Sie sind Mittel zur Sicherung der Herrschaft und Durchsetzung der Politik des aggressiven USA-Imperialismus und seines Hauptverbündeten in Europa, des deutschen Imperialismus. Sie drücken das Klasseninteresse der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten aus und dienen ihm.

Aber sie sollen diese Funktion erfüllen in einer Welt-situation, in der die antiimperialistischen Kräfte ständig zunehmen, in der der Widerstand der Völker gegen jede imperialistische Kriegspolitik wächst. Diese Besonderheit zeigt sich insbesondere auch in Westdeutschland. Sie zeigt sich in der erstarkenden Arbeiterbewegung, in der sich bildenden Aktionseinheit der Arbeiterklasse, in dem Entstehen einer breiten antiimperialistischen Widerstandsfront, die bis zur nationalen Bourgeoisie reicht²⁰⁾. Die Imperialisten können ihre Macht nur noch erhalten und ihre Politik nur noch durchzusetzen versuchen, wenn sie gleichzeitig alle ihre Mittel einsetzen, um diese ständig wachsende Widerstandsbewegung zu unterdrücken. Ihre täglich zunehmende Schwäche zwingt sie, in immer schnellerem Tempo zu Methoden der Gewalt und des offenen Rechtsbruchs zu greifen. Ihre ganze Politik, alle Lebensregungen ihres Staates tragen diesen Stempel. Schumanplan und Generalvertrag sind nur noch mit solchen Methoden durchsetzbar. Unter den gegebenen Besonderheiten und in bestimmter Art und Weise kommt damit jener allgemeine „Drang nach Reaktion“, der jedem Imperialismus eigen ist, in den Erscheinungen des derzeitigen westdeutschen Überbaus zum Ausdruck. Er ist das entscheidende politische Merkmal des Wiedererstehens und der Existenz des westdeutschen Imperialismus überhaupt. Ihn gilt es daher besonders zu untersuchen.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

²⁰⁾ vgl. hierzu die aufschlußreiche Analyse Walter Ulbricht* auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED („Neues Deutschland“ vom 26. Februar 1952).

Wir werden nicht fehlen, wenn es gilt, bis zum letzten Atemzug alles, was wir können, alles was wir sind, für die Sache des Friedens, der Freiheit, des Glückes der Menschheit einzusetzen.

Clara Zetkin